

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ergänzungsantrag

6-4071/20-KT/1

für die öffentliche Sitzung

Kreistag

24.02.2020

Einreicher: SPD-Kreistagsfraktion

Betr.: **Ergänzungsantrag zum Antrag der Fraktion CDU/BV/FDP/VUB**
Erstellung einer Studie zur Verkehrswende im Landkreis durch einen erweiterten, flexiblen und bedarfsorientierten überörtlichen Öffentlichen Personennahverkehr (üÖPNV)

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag des Antrages der CDU/VB/FDP/VUB Fraktion sollte um folgende Punkte ergänzt werden:

Der Kreistag Teltow-Fläming beauftragt die Kreisverwaltung das Interesse des Landkreises Teltow-Fläming an einer Förderung im Rahmen der 10 Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV durch den Bund gegenüber dem BMVI zu bekunden und dem Förderaufruf zu folgen.

Der Kreistag Teltow-Fläming fordert die Kreisverwaltung zudem auf, Förderungspotentiale des ÖPNV im Landkreis (PlusBusse, Linienverdichtungen, Anbindung des südlichen Landkreises, nachfrageorientierte Angebote u. ä.) zu identifizieren, die sich für eine entsprechende Förderung eignen. Diese sollen dem Kreistag bzw. den zuständigen Fachausschüssen in der zweiten Jahreshälfte 2020 vorgelegt werden und als Grundlage der Erstellung einer entsprechenden Projektskizze dienen. Diese soll darstellen, wie der ÖPNV in der Region nachhaltig gestärkt werden kann.

Die Kreisverwaltung wird zudem beauftragt, mit den Nachbarlandkreisen Potsdam-Mittelmark und Landkreis Dahme-Spreewald Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen dieses Förderprogramms zu eruieren.

Begründung:

Der ÖPNV wird absehbar das Rückgrat der Verkehrswende zur Erreichung der Klimaziele der Bundesrepublik Deutschland im Verkehrssektor sein. Diese Verkehrswende wird sich zwar zunächst in den Ballungszentren des Landes spürbar durchsetzen, mittel- und langfristig aber auch in den Umlandgebieten niederschlagen, die – so auch im LK Teltow Fläming - bisher fast ausschließlich auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen sind.

Ein gut ausgebauter ÖPNV ist zudem ein Standortfaktor bei der Ansiedlung von Unternehmen und Gewerbetreibenden und trägt bedeutend zur Steigerung der Lebensqualität für die Menschen vor Ort bei. Zudem ist die Verkehrsanbindung – neben der sozialen Infrastruktur vor Ort und den Kosten für Lebenshaltung und Wohnen – eines der zentralen Argumente bei der Ansiedlung neuer Einwohner.

Der Landkreis Teltow Fläming als Wachstumsregion in Brandenburg ist auf eine gute verkehrliche Anbindung angewiesen und bietet durch seine Unterschiedlichkeit - wirtschaftlich starker Norden und ländlicher geprägter Süden - ein ideales Testfeld für die Umsetzung moderner Verkehrsangebote, die über die klassischen Angebote des ÖPNV hinausgehen.

Eine Förderung des ÖPNV Angebots vor Ort würde die Möglichkeit der Verdichtung des Verkehrsangebots im nördlichen Landkreis hin zum Verdichtungsraum Berlin eröffnen. Zudem könnten zusätzliche attraktive Verkehrsangebote zur Verbindung der Landeshauptstadt Potsdam mit dem BER geschaffen werden. Für den südlichen Landkreis eröffnet eine Förderung die Möglichkeit der verkehrlichen Anbindung auch jener Gemeinden an den ÖPNV, die nicht über einen Regionalbahnhof verfügen.

Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 hat die Bundesregierung am 20. September 2019 ein Maßnahmenpaket zur Senkung von CO₂-Emissionen beschlossen. Zu diesem Maßnahmenpaket gehören 15 verkehrspolitische Maßnahmen, unter anderem die Förderung von 10 Modellregionen zur Stärkung des ÖPNV – beispielsweise durch die Finanzierung von 365 Euro-Tickets (Kapitel 3.4.3.2).

Zahlreiche Städte, Kommunen und Verkehrsverbünde haben sich bereits für eine Bewerbung auf diese Förderung entschieden. Am 28.1.2020 fand im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) für diese Interessenten eine Informationsveranstaltung statt, bei der die voraussichtliche Ausgestaltung der Förderrichtlinie dargestellt wurde.

Das Förderprogramm soll demnach eine 80-Prozentige Förderung von ÖPNV Projekten mit einem Gesamtvolumen von maximal 30 Millionen Euro pro zu förderndes Projekt umfassen und in der zweiten Jahreshälfte veröffentlicht werden. Die Förderung pro Modellprojekt soll sich nach jetzigem Stand an folgende Bereiche richten:

- Max. 10 Millionen Euro für die Ausweitung des ÖPNV-Angebots
- Max. 15 Millionen Euro für die Attraktivierung der Preisstruktur im ÖPNV bzw. für moderne Vertriebs- und Auskunftssysteme
- Max. 5 Millionen Euro für sonstige Maßnahmen

Kommunen, die ihr Interesse an diesem Förderprogramm bekunden, sollen in den Prozess der Formulierung der Förderrichtlinie eingebunden werden und im zweiten Halbjahr 2020 zur Einreichung einer Projektskizze im Vorfeld der Auswahl der Modellregionen aufgerufen werden.

Diesem Aufruf sollte der Landkreis folgen.

Luckenwalde, 17. Februar 2020

gez.
Detlef Schlüpen
Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion